

**DR. NINA SCHEER**

**SPD**

BUNDESTAGSABGEORDNETE  
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD

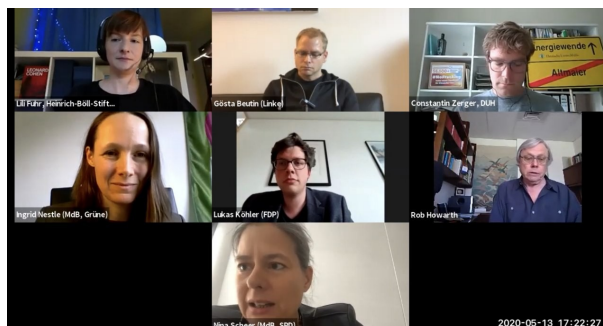


## NEWSLETTER

5/2020



Online-Austausch zum Thema Endlagersuche  
mit Stefan Studt, Vorsitzender der  
Geschäftsführung der BGE



DUH-Veranstaltung: Die unterschätzten  
Auswirkungen fossiler Gase auf die globale  
Erwärmung



Bei der Online-Mitgliederversammlung der  
SPD Geesthacht berichtete ich aus Berlin



Fachgespräch des PBnE: „Der nachhaltige  
Weg aus der Krise“

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorliegende Newsletter 5/2020 widmet sich dem Zeitraum vom 7. Mai bis 10. Juni, der drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages umfasste. Inzwischen wurde der reguläre Sitzungsverlauf wieder aufgenommen, allerdings nach wie vor mit Sicherheitsabständen, die im Plenum eine eingeschränkte Präsenz notwendig machen. Einiges läuft weiterhin auch über Videokonferenzen, vor allem Veranstaltungen.

Neben einer Reihe von Themen sei auch das aktuell vereinbarte Konjunkturpaket aufgegriffen.

Anregendes Lesen wünscht



## **Aktuelles und Positionen**

### **Konjunkturprogramm**

Anfang Juni hat sich die Koalition auf ein Konjunkturprogramm in Höhe von 130 Milliarden Euro geeinigt. Von einer Kaufprämie für Verbrenner wurde dabei Abstand genommen; dies entsprach sowohl meiner als auch der Position der SPD-Fraktion, wenngleich es hier abweichende Stimmen gab, die zuletzt verstärkt auch von Seiten der Gewerkschaften kamen. Die Kritik an einem Nein zur Verbrenner-Kaufprämie erkennt die hiermit verbundenen Fehlanreize. Nicht das Fehlen einer Verbrenner-Kaufprämie sägt an Arbeitsplätzen, sondern die seitens der Automobilwirtschaft verschlafene Mobilitätswende, etwa die Abkehr von Wasserstofftechniken. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht für korrigierbare Fehlentscheidungen von Vorständen aufkommen. Es ist zudem unwürdig, Beschäftigte vor den Karren einer solchen Strohfeuer-Mentalität zu spannen.

Vgl. hierzu etwa auch Pressemitteilung: Scheer weist Kritik am Nein zur Verbrenner-Kaufprämie zurück – Beschäftigte nicht vor den Karren einer Strohfeuer-Mentalität spannen <https://www.nina-scheer.de/scheer-weist-kritik-am-nein-zur-verbrenner-kaufpraemie-zurueck-beschaefigte-nicht-vor-den-karren-einer-strohfeuer-mentalitaet-spannen/>

Städte und Gemeinden sollen einen Ausgleich für die krisenbedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer erhalten, die derzeit auf 20 Prozent bzw. 12 Milliarden Euro geschätzt werden. Zusätzlich übernimmt der Bund einen höheren Anteil an den Kos-

ten der Unterkunft in der Grundsicherung. Für einen Altschuldenfonds konnte hingegen keine Einigung erzielt werden.

Da die Einnahmen durch die Corona-Pandemie stark gesunken sind, wird der Bund die Länder im Jahr 2020 bei der Finanzierung des ÖPNV unterstützen. Hierzu werden in 2020 einmalig die Regionalisierungsmittel (Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs) um 2,5 Milliarden Euro erhöht. Zudem wird eine Bundesrahmenregelung erarbeitet, die es den Ländern erlauben soll, ÖPNV-Unternehmen zum Ausgleich der stark verringerten Fahrgeldeinnahmen Beihilfen zu gewähren. Eine solche Hilfe muss von der EU-Kommission notifiziert bzw. gebilligt werden. Zusätzliche Mittel fließen in den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen.

Gezielt sollen auch Familien mit einem einmaligen Kinderbonus von 300 Euro als Aufstockung des Kindergeldes unterstützt werden. Bei Familien mit hohem Einkommen wird der Kinderbonus wie auch das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende soll befristet auf die Jahre 2020 und 2021 von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt werden.

Zur Stärkung der Binnennachfrage soll der reguläre Mehrwertsteuersatz statt 19 für das zweite Halbjahr 2020 16 Prozent betragen. Der ermäßigte Satz soll von 7 auf 5 Prozent sinken.

Für die Kunst- und Kulturbranche soll ein gesondertes Förderprogramm aufgelegt werden.

Sieben Milliarden Euro sollen für den Markthochlauf von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien investiert werden, sowie weitere zwei Milliarden Euro für internationale Partnerschaften in diesem Bereich. Hierbei ist eine Aufstockung des Windenergieausbaus Offshore von bislang 15 auf nun 20 GW bis 2030 geplant und von weiteren 20 GW bis 2040. Es darf hierbei nun meines Erachtens aber nicht zu einer Verlagerung auf Offshore zulasten von Onshore kommen, da dies etwa für die Akteursstruktur und damit auch die Energiewende insgesamt riskant wäre. Die Ausbau-Mengenbegrenzungen wie auch verpflichtende Ausschreibungen für Onshore-Windenergie und auch Solarenergie müssen auch vor diesem Hintergrund dringend abgeschafft werden. Ohne dies wäre eine Konzentrationswirkung auf großtechnologische Projekte mit dem Risiko fehlender Netze und fehlender Akteure und damit dem Verzögern der Energiewende verbunden.

Als einen Meilenstein im Konjunkturprogramm erkenne ich, dass der heutigen Importabhängigkeit bei Arzneimitteln und Schutzkleidung entgegen gewirkt werden soll. Welthandel ist zu lange nur der Gewinnmaximierung gefolgt. Es muss nun verstärkt um die Entwicklung von sozial-ökologischen Standards sowie um die gleichzeitige Gewährleistung von Versorgungssicherheit gehen. Denn: Der Handel muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

## **Fleischindustrie**

Die massenhaften Auftritte von Corona-Infektionen unter ArbeitnehmerInnen in

Schlachthöfen gaben nun den Ausschlag, die hier strukturell angelegten menschenunwürdigen Zustände zu beenden.



Gemäß der Eckpunkte des Bundeskabinetts soll es ab dem 1. Januar 2021 im Kerngeschäft der Betriebe – dem Schlachten und Zerlegen von Fleisch – nicht mehr möglich sein soll, Werkvertrags- und Leiharbeiter einzusetzen. Es ist beschämend, dass dies nun erst im Zuge der Corona-Pandemie geschieht. Schließlich sind die ausbeuterischen Zustände längst bekannt. Zudem sollte dies nicht erst ab dem 1. Januar 2021 gelten. Die geplanten Maßnahmen können ferner lediglich ein erster Schritt sein: Massentierhaltung muss sowohl aus Gründen des Klimaschutzes, des Tierschutzes als etwa auch zur weiteren Eingrenzung von Antibiotikaresistenzen – beendet werden. Dies gilt auch in Bezug auf Umgehungen der Verbote von Lebendtiertransporten ins Ausland.

Das Bundeskabinett ist den SPD-Forderungen auch darin gefolgt, Arbeits-, Infektions- und Gesundheitsschutzstandards deutlich strenger zu kontrollieren. Der Bußgeldrahmen bei Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz wird auf 30.000 Euro verdoppelt. Die Bundesregierung prüft zudem, wie die Unternehmen verpflichtet werden können, Mindeststandards bei der Unterbringung sicherzustellen.

## Themen im Bundestag

### EEG-Anpassungen

Am 14. Mai beschloss der Bundestag Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). So wurden Fristen zur Umsetzung von bereits bezuschlagten Anlagen verlängert. Zudem wurde das Privileg von Bürgerenergiegesellschaften, auch ohne immissionsschutzrechtliche Genehmigung an Ausschreibungen teilnehmen zu dürfen, aufgrund seiner Missbrauchsanfälligkeit (mit Effekten zulasten von Bürgerenergiegesellschaften), gestrichen.





Nach wie vor nicht enthalten ist die dringliche Streichung des sogenannten Solardeckels. CDU/CSU hatten dies wiederholt verweigert, um von der SPD gesetzliche 1000 Meter-Mindestabstände zu Windenergieanlagen zu erzwingen.

Vgl. etwa Newsletter Scheer April 2020 mit Berichten und weiterführenden links zum Solardeckel, <https://www.nina-scheer.de/newsletter-april-2020>

Zwischenzeitlich erfolgte allerdings eine (erneute) Einigung auf die Abschaffung des Solardeckels. Statt eines bundesweiten Windenergieabstandes soll es nun eine „Opt-in-Regelung“ geben, wonach es zwar nun auf Druck der SPD keine bundesweiten pauschalen 1000 Meter-Abstandsregelungen geben soll, den Bundesländern dafür aber zugestanden wird, ihrerseits pauschale Abstandsregelungen bis zu 1000 Metern vorzunehmen. Die gesetzliche Verabschiedung der Einigung erfolgt voraussichtlich in der 25. Kalenderwoche.

Wiederholt hatte ich auf die Dringlichkeit der Streichung des Solardeckels hingewiesen. Der nun erzielten Einigung wenige Tage vorausgegangen war meine Frage an Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der Befragung der Bundesregierung im Plenum des Deutschen Bundestages

Vgl.: <https://www.nina-scheer.de/befragung-der-bundesregierung-frage-an-bundeskanzlerin-dr-merkel>

Hier gestand sie offen ein, dass die Abschaffung zu lange dauere. Der dann folgenden Resonanz war zu entnehmen, dass dies wohl den entscheidenden Druck zur Abschaffung des Deckels ausgelöst hatte.

Vgl. hierzu auch Pressemitteilung Scheer: Einigung zur Windenergie muss beschleunigten und verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien erwirken, <https://www.nina-scheer.de/einigung-zur-windenergie-muss-beschleunigten-und-verstaerkten-ausbau-erneuerbarer-energien-erwirken>

Ringen um EU-Lastenteilung: Koalition beim Klimaschutz auf Konfrontationskurs  
Handelsblatt.de, 16.05.2020 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/co2-reduzierung-ringen-um-eu-lastenteilung-koalition-beim-klimaschutz-auf-konfrontationskurs/25833896.html?ticket=ST-1765156-QLIYjpk7dUmqzHd3FrzD-ap5>

## **Corona-Steuerhilfegesetz verabschiedet**

Der Bundestag verabschiedete am 28. Mai ein weiteres Paket mit steuerlichen Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise.



Im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen sind Gastronomiebetriebe aufgrund der strengen Hygiene- und Abstandsvorschriften besonders schwer betroffen. Da-

her wurde der Umsatzsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Dies wird für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 gelten. Davon ausgenommen sind Getränke. Auch Catering-Unternehmen, der Lebensmitteleinzelhandel, Bäckereien und Metzgereien profitieren, sofern sie mit der Abgabe verzehrfertig zubereiteter Speisen bislang Umsätze zum normalen Umsatzsteuersatz erbracht haben. SPD-seitig wurden Direkthilfen gegenüber einer abgesenkten Mehrwertsteuer bevorzugt. Mit ersteren hätte deutlich spürbarer vielen kleinen notleidenden Gastronomiebetrieben geholfen werden können, als dies – mit erst verzögert wirkenden – Mehrwertsteuerabsenkungen möglich ist. Dies war aber leider gegenüber CDU/CSU vor dem Hintergrund einer Dehoga-Verbandsposition, die ebenfalls auf die Absenkung der Mehrwertsteuer drängte, nicht durchsetzbar.



Um die Kommunen auch in ihren Kapazitäten zu entlasten wurde die Übergangsfrist für die Umsetzung der neuen Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (und damit auch von Kommunen) um zwei Jahre bis Ende 2022 verlängert. Der Gerichtshof der Europäischen Union und der Bundesfinanzhof hatten in mehreren Entscheidungen erklärt, dass Leistungen der öffentlichen Hand, die mit solchen privater Anbieter vergleichbar sind oder in direktem Wettbewerb zu Privaten erbracht werden, der Umsatzsteuer zu unterwerfen sind. Dies sollten die Kommunen ursprünglich bis Ende 2020 umsetzen und haben nun hierfür zwei Jahre länger Zeit.

## **Sozialschutzpaket II**

Mit dem am 15. Mai beschlossene Sozialschutzpaket II wurde das Kurzarbeitergeld bis zum Ende des Jahres erhöht. Beschäftigte erhalten bei Kurzarbeit von weniger als 50 Prozent ab dem 4. Bezugsmonat 70 Prozent (77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat 80 Prozent (bzw. 87 Prozent) ihres eigentlichen Einkommens. Bis zur Höhe des ursprünglichen Einkommens kann künftig in allen Berufen hinzuverdient werden.



Die aktuelle Dimension wird im Vergleich zum Höchststand während der Finanzkrise 2008/2009 deutlich: die gemeldete Personenzahl aus dem April 2020 von mehr als 10 Millionen zur Kurzarbeit angemeldeten übersteigt die aus dem Februar 2009 um das Zehnfache.

Zudem wird das Arbeitslosengeld I um drei Monate verlängert, wenn der Anspruch zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 2020 enden würde. Damit wird der aktuell erschwerten Arbeitsplatzsuche Rechnung getragen.

Für Kinder aus bedürftigen Familien wird das kostenlose warme Mittagessen gesichert, welches sie in der Schule oder der Kita erhalten hätten. Kommunen können die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nun so flexibel einsetzen, dass das kostenlose Essen zu den Kindern nach Hause oder zur Abholung an die Schule geliefert wird. Auch die Lieferkosten werden übernommen.

Die Förderung von Kindern mit Behinderungen oder Entwicklungsauffälligkeiten wurde gestärkt, indem Frühförderstellen in das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz aufgenommen wurden. Zudem werden Waisenrenten auch dann (weiter-)gezahlt, wenn Ausbildungen und Freiwilligendienste durch die Corona-Pandemie später als üblich beginnen.

## **Pflegebonus**

Der Bundestag hat mit Beschluss vom 14. Mai zugelassene Pflegeeinrichtungen der Altenpflege zur Zahlung von Sonderleistungen von 1.000 Euro an ihre Beschäftigten verpflichtet. Die Prämien können durch die Länder und Arbeitgeber weiter erhöht werden. Den Pflegeeinrichtungen werden diese Aufwendungen zunächst durch die soziale Pflegeversicherung erstattet und im Voraus gezahlt; die gesetzliche Krankenversicherung beteiligt sich anteilig an den Kosten im ambulanten Bereich. In der zweiten Jahreshälfte werden das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesfinanzministerium festlegen, in welchem Umfang die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Zuschüsse des Bundes zur Stabilisierung der jeweiligen Beitragssätze erhalten, auch zur Refinanzierung dieser einmaligen Prämie.



Schleswig-Holstein stockt den Bonus für Pflegerinnen und Pfleger in der Altenpflege um 500 Euro auf dann 1.500 Euro auf. Zudem übernimmt das Land eine Bonuszahlung in Höhe von 1.500 Euro für Krankenpflegekräfte. Auszubildende erhalten 900 Euro. 1.000 Euro pro Vollzeitstelle erhalten Pflegende in Funktionsbereichen, Pflegehelferinnen und -helfer sowie Medizinische Fachangestellte. Auch weitere Angestellte wie Mitarbeiter in Laboren, Küchen oder Wäschereien sollen einen Bonus bekommen. Dieser liegt bei bis zu 500 Euro pro Vollzeitstelle. Beschäftigte in Teilzeit



erhalten eine anteilige Prämie. Ein Zeitpunkt für die Auszahlung steht noch nicht fest.

Die einmalige Zahlung ist ein Zeichen der Anerkennung, verbessert die Situation in der Pflege jedoch nicht grundlegend. Ein höherer Verdienst und eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind nur zwei Punkte von notwendigen Veränderungen.

## **Maklerkosten halbiert**

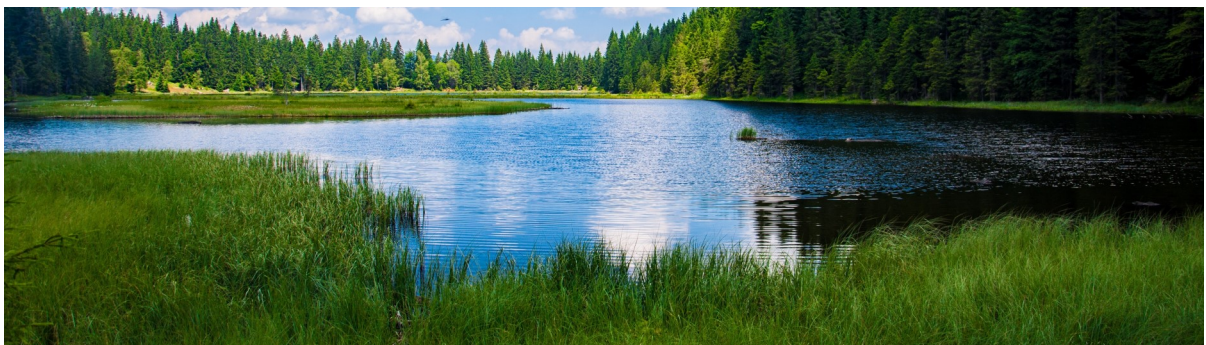
Deutschlands Wohnungseigentumsquote ist mit unter 45 Prozent eine der niedrigsten in Europa. In Rumänien, Litauen und Kroatien liegt sie bei über 90 Prozent. Ein Hemmnis für den Immobilienerwerb sind hohe Erwerbsnebenkosten, wie Maklergebühren.



Auf Initiative der SPD hat der Bundestag daher am 14. Mai das ‚Gesetz über die Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser‘ verabschiedet. Immobilienkäufer müssen künftig maximal 50 Prozent der Vermittlungsgebühren bezahlen.

## **Änderung am Wasserhaushaltsgesetz**

Mit einer Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, die der Bundestag am 28. Mai vorgenommen hat, wurden die europarechtlichen Vorgaben zum Schutz der Gewässer umgesetzt. Mit Urteil vom 21. Juni 2018 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest, dass Deutschland die europäische Nitrat-Richtlinie nicht ausreichend umgesetzt hat. Oberflächengewässer und Meere sowie das Grundwasser leiden unter einer stellenweise zu starken Nitrat-Belastung. Zum einen wurde die Düngeverordnung aus dem Jahr 2017 angepasst, um die Umsetzung des EuGH-Urteils vorzunehmen.





Zum anderen wurde in das Wasserhaushaltsgesetz ein neuer Paragraph (§ 38a) eingeführt, der sogenannten Pufferstreifen vorsieht. Damit soll auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die an Gewässer grenzen und die eine besondere Hangneigung aufweisen, auf einer Fläche von fünf Metern eine geschlossene, ganzjährig begrünte Pflanzendecke erhalten oder hergestellt werden. Hiermit soll verhindert werden, dass Nährstoffe wie Nitrat oder Phosphat in naheliegende Fließgewässer oder Seen abgeschwemmt werden. Pufferstreifen sind ein wirksames Mittel gegen Erosion und die Belastung von Oberflächengewässern mit Nährstoffen.

Zur Vollzugsfähigkeit der Regelung wurde der Vorschlag des Bundesrates umgesetzt, entsprechend § 5 Absatz 3 der Düngeverordnung einen Bezugspunkt für die Ermittlung des Grades der Hangneigung direkt im Gesetzestext und nicht erst in der Begründung zu nennen.

## **Globale Gesundheit stärken**

Die Covid-19-Pandemie verdeutlicht akut die Notwendigkeit eines weltweiten gesundheitspolitischen Zusammenwirkens. Mit einem ressortübergreifenden bzw. „Health in all Policies“-Ansatz greift dies nun ein in den Bundestag eingebrachter Antrag von SPD und CDU/CSU auf.



Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll in ihrer Rolle als Krisenmanager – als einzige international legitimierte, normgebende Autorität – gestärkt und besser finanziert werden. Dies bedeutet auch eine Erhöhung der Pflichtbeiträge zu erwirken.

Zudem soll der Zugang zu Arzneimitteln insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert werden. So muss auch ein möglicher Covid-19-Impfstoff ein globales öffentliches Gut sein.

## **SPD-Bundestagsfraktion: Wasserstoff-Eckpunkte**

Im Zuge der Energiewende kommt Wasserstoff in der Industrie, bei der Mobilität und im Gebäudebereich eine wachsende Bedeutung zu. Die SPD-Bundestagsfraktion legt hierzu ein am 12. Mai beschlossenes Eckpunktepapier vor.

Um den zusätzlichen Strombedarf für die Wasserstoffproduktion zu decken, muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien als Fundament einer erfolgreichen, nachhaltigen und sozialverträglichen Energiewende deutlich forciert werden.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion im Detail: <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-eckpunkte-einer-nachhaltigen-wasserstoffstrategie-20200512.pdf>

Für eine ambitioniertere Nutzung von Wasserstoff setzte ich mich seit langem ein, vgl. hierzu etwa auch ein ausführlicheres Interview im Magazin der Naturfreunde, Ausgabe 1/2020, Seite 14, [https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/naturfreundin\\_1-20\\_2.pdf](https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/naturfreundin_1-20_2.pdf)

Inzwischen wurde die Wasserstoffstrategie nun vorgelegt. Diese setzt allerdings zu stark auf Import von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien. Vgl. hierzu Pressemitteilung Scheer: <https://www.nina-scheer.de/wasserstoff-foerderung-muss-mit-verstaerktem-ausbau-erneuerbarer-energien-einhergehen>

## **Geologiedatengesetz: Einigung im Vermittlungsausschuss**

Nachdem der Bundestag am 23. April das Geologiedatengesetz (GeoIDG) beschlossen hatte, stand noch die Zustimmung des Bundesrates aus.



Die am 27. Mai im Vermittlungsausschuss erzielten Änderungen beinhalten beim Standortauswahlverfahrens nun eine Regelvermutung für ein öffentliches Interesse im Verhältnis zum Geheimhaltungsinteressen von Dateneinhabern und eine Veröffentlichung von auch solchen Daten, die nicht bereits vorher zu veröffentlichen waren, nach 30 Jahren (sog. Altdatenregelung). Außerdem erhalten die geologischen Landesämter einen Monat mehr Zeit zur Kategorisierung von Altdaten.

Bereits im parlamentarischen Verfahren hatte ich mich für eine Transparenz im Umfang mit den Daten eingesetzt. Im Bundesrat wurde eben dies auch durch die SPD-geführte niedersächsische Landesregierung gefordert.

## **Plenum und Anhörungen**



Befragung der Bundesregierung, Frage an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/befragung-der-bundesregierung-frage-an-bundestkanzlerin-dr-merkel/>

## **Eigene Veranstaltungen**

### **Online-Konferenz: Was passiert mit dem Atommüll?**

Was passiert mit dem Atommüll? – Unter diesem Titel hatte ich zu einem Online-

Austausch eingeladen. Mit Stefan Studt, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Gastreferent und ca. 50 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand der Austausch großes Interesse.



Stefan Studt umriss in seinem Vortrag das Verfahren zur Findung eines Standortes für ein Atommüll-Endlager für hochradioaktive Abfälle, das bis 2031 abgeschlossen werden soll. Bis 2051 soll dann ein Endlager errichtet werden. Die BGE legt im Herbst einen Zwischenbericht Teilgebiete vor, in dem eine erste Eingrenzung auf möglicherweise geeignete Teilgebiete erfolgt. Im weiteren Verfahren werden dann verbliebene mögliche Standorte über- und untertägig weiter erkundet und eingegrenzt, um sie in einem transparenten Verfahren abzuwägen. Die letztendliche Entscheidung wird dann wiederum seitens des Gesetzgebers erfolgen.

Kontrovers wurde von einigen TeilnehmerInnen über die Rolle des Nationalen Begleitgremiums, NBG, diskutiert, aber etwa auch das Verständnis von Bürgerbeteiligung. Hierbei wurden auch unterschiedliche die Interpretationen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für das NBG deutlich und diskutiert.

Die Präsentation von Stefan Studt findet sich unter: [https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/05/2020-05-12-BGE\\_Vortrag\\_-MdB\\_Scheer\\_V1.pdf](https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/05/2020-05-12-BGE_Vortrag_-MdB_Scheer_V1.pdf)

## **Zu Gast bei...**

### **Online-Diskussion zu fossilen Gasen**

Auf Einladung der Deutschen Umwelthilfe und der Heinrich-Böll-Stiftung diskutierte ich am 13. Mai zum Thema ‚Die unterschätzten Auswirkungen fossiler Gase auf die globale Erwärmung‘ mit KollegInnen der Opposition.

In meinem Eingangsstatement mahnte ich vor einer erhöhten Abhängigkeit von LNG auf Basis von (US-amerikanischem) Fracking Gas und sprach mich insofern auch gegen die aktive Förderung von LNG-Terminals aus. Fracking-Gas und LNG stehen in der Gesamtbilanz für erhöhten Methan-Schlupf (das Entweichen von Me-



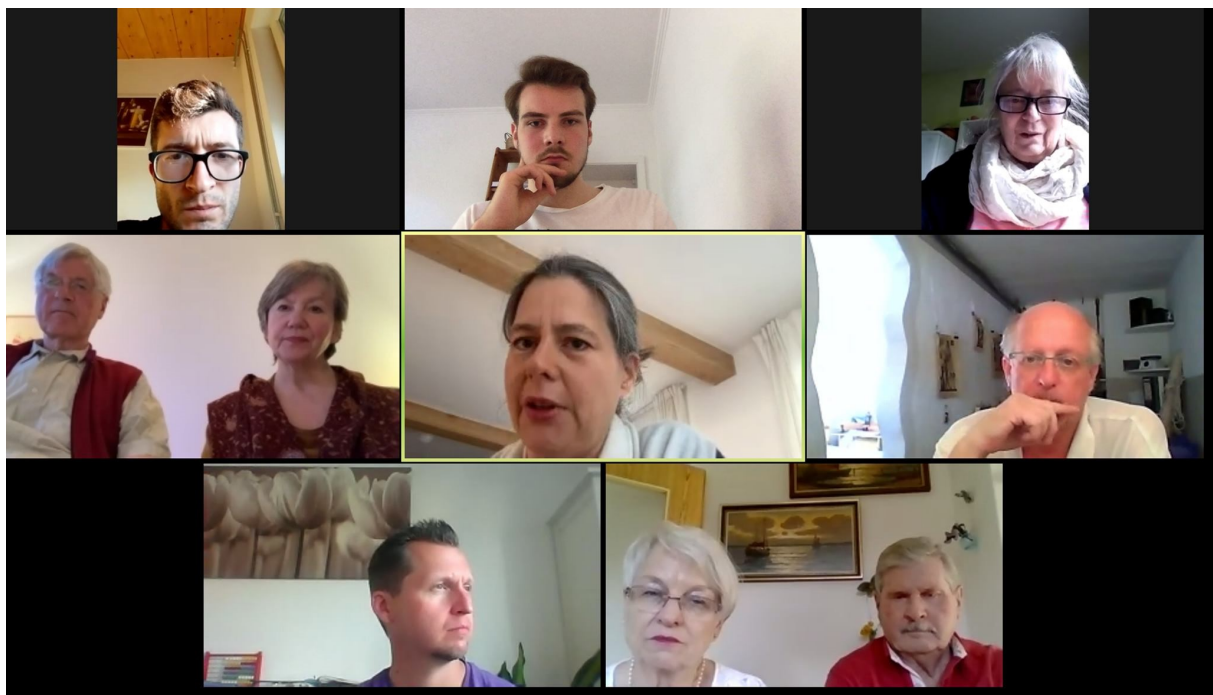
than) und somit auch erhöhte Klimabelastung, da Methan eine vielfach höhere Klimawirksamkeit als CO<sub>2</sub> aufweist. Nach neueren Erkenntnissen gilt dies, obwohl die Verbrennung von Erdgas in Form von LNG Motoren für sich genommen weniger Schadstoffe freisetzt als derzeitige konventionelle Alternativen (Schweröl, Schiffsdiesel). Wenn russisches Pipeline-Gas durch Fracking-Gas und dessen Transport in Form von LNG abgelöst wird, ist dies somit weder klima- noch geopolitisch sinnvoll.

Prof. Howarth von der Cornell University stellte in seinem Impulsvortrag Untersuchungen zur Ursache gestiegener Methanemissionen der Öl- und Gasindustrie in den USA vor und erläuterte den Zusammenhang mit dem Einsatz der Fracking-Methode. An der durch Lili Fuhr, Heinrich-Böll-Stiftung, moderierten Diskussion nahmen außerdem meine KollegInnen Dr. Ingrid Nestle, BÜNDNIS 90/Die Grünen, Gösta Beutin, Die Linke, und Dr. Lukas Köhler, FDP, teil.

Die Online-Veranstaltung wurde aufgezeichnet und ist abzurufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=XLfgvRkSg7g>

## **Austausch mit dem AK Energie der SPD Flensburg**

Auf Einladung des Kreisvorsitzenden der SPD Flensburg, Justus Klebe, nahm ich am 29. Mai an einer Videokonferenz des monatlich tagenden Arbeitskreises Umwelt teil.



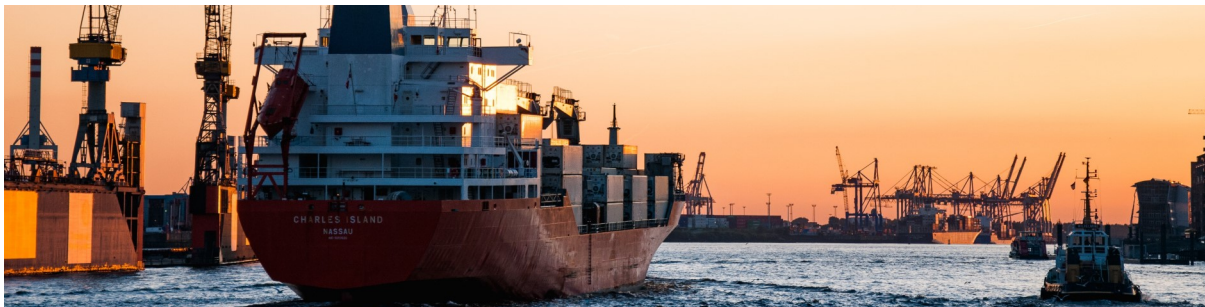
Wir diskutierten über eine Vielzahl von Themen: über die (zu diesem Zeitpunkt) noch bevorstehende Einigung auf ein Konjunkturpaket, Fragen der Energiewende, den Green Deal, aber etwa auch über die nukleare Teilhabe.



## Förderungen

### Zukunftsweisende Forschungseinrichtung in Geesthacht

Bereits im November 2019 hatte der Deutsche Bundestag die Finanzierung eines Instituts des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt mit Sitz in Geesthacht beschlossen. Es handelt sich hierbei um das erste dieser Art in Schleswig-Holstein. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von energieeffizienten und schadstoffarmen Antrieben für Schiffe. Die bundesseitig jährlich für diesen Forschungsbereich verfügbaren 15 Millionen Euro wurden nun (nach gebilligter landesseitiger Co-Finanzierung) seitens des Bundestages am 27. Mai für die neue Forschungseinrichtung in Geesthacht freigegeben.



Das neue Institut und die hiermit entstehenden Arbeitsplätze für etwa 90 hochqualifizierte Forscherinnen und Forscher sind ein zukunftsweisender Gewinn für den Wissenschaftsstandort Geesthacht.

Der Schwerpunkt in Geesthacht soll bei wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen-Batterie-Systemen liegen, wobei auch Verbrennungskraftmaschinen-Batterie-Hybride auf der Basis CO<sub>2</sub>-neutraler Treibstoffe betrachtet werden sollen. Ergänzend soll das Institut Konzepte für große Energiespeicher an Bord und entsprechende Versorgungsinfrastrukturen an Land für alternative Treibstoffe, speziell Wasserstoff, erforschen.

Der Einsatz von Wasserstoffsystemen ist ein zentraler Baustein für die Mobilitätswende auch in der Schifffahrt, für die ich mich seit vielen Jahren einsetze. Derzeit erfolgt ein Großteil des Welthandels auf dem Seeweg. Der Handel- und Passagierschiffsverkehr stellt eine enorme Herausforderung für unsere Klima dar. Hochseeschiffe emittieren unter anderem große Mengen von Schwefeloxiden, Feinstaub und Ruß. Diese Stoffe sind hochgiftig und schädigen sowohl die Umwelt als auch unsere Gesundheit. Stickoxide und Ruß tragen zudem erheblich zum Klimawandel bei. Grundvoraussetzung für die Reduktion der schiffsbedingten Luftverschmutzung ist ein Wechsel der Antriebe und Umstieg auf regenerative Energien. Geesthacht wird mit dem neuen Forschungsinstitut auf diesem Weg nun noch verstärkt vorne mit dabei sein.

## Medienspots (Auswahl)

- **Scheer weist Kritik am Nein zur Verbrenner-Kaufprämie zurück**, Sonnen-seite.com, 9.06.2020, vgl.: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/nina-scheer-weist-kritik-am-nein-zur-verbrenner-kaufprämie-zurück.html>
- **Weg für neues Forschungsinstitut in Geesthacht frei**, Süddeutsche Zeitung, 27.05.2020, vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/forschung-hamburg-weg-fuer-neues-forschungsinstitut-in-geesthacht-frei-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200527-99-211517>
- **Ringen um EU-Lastenteilung: Koalition beim Klimaschutz auf Konfrontationskurs**, Handelsblatt.de, 16.05.2020, vgl.: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/co2-reduzierung-ringen-um-eu-lastenteilung-koalition-beim-klimaschutz-auf-konfrontationskurs/25833896.html?ticket=ST-3605873-TkyozDZfCm9aoSfMx3c4-ap5>
- **Bundestag beschließt Mini-EEG-Novelle – und hält an 52-Gigawatt-Deckel fest**, PV-Magazine, 15.05.2020, vgl.: <https://www.pv-magazine.de/2020/05/15/bundestag-beschliesst-mini-eeg-novelle-und-haelt-an-52-gigawatt-deckel-fest/>
- **Wissenschaft: CO2 und Methan-Emissionen von LNG unterschätzt**, Energate-Messenger, 15.05.2020, vgl.: <https://www.energate-messenger.de/news/202501/wissenschaft-co2-und-methan-emissionen-von-lng-unterschaetzt>
- **Covid-19 als Auftrag für sozial-ökologischen Welthandel Bertelsmann Stiftung**, Online-Blog Inclusive Productivity, vgl.: <https://inclusive-productivity.de/covid-19-als-auftrag-fuer-sozial-oekologischen-welthandel/>

## Pressemitteilungen

- **10. Juni:** Wasserstoff-Förderung muss mit verstärktem Ausbau Erneuerbarer Energien einhergehen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/wasserstoff-foerderung-muss-mit-verstaerktem-ausbau-erneuerbarer-energien-einhergehen/>
- **9. Juni:** Scheer weist Kritik am Nein zur Verbrenner-Kaufprämie zurück — Beschäftigte nicht vor den Karren einer Strohfeuer-Mentalität spannen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-weist-kritik-am-nein-zur-verbrenner-kaufpraemie-zurueck-beschaefigte-nicht-vor-den-karren-einer-strohfeuer-mentalitaet-spannen/>
- **27. Mai:** Scheer: Bundestag gibt Startschuss für zukunftsweisende Forschungseinrichtung in Geesthacht, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-bundestag-gibt-startschuss-fuer-zukunftsweisende-forschungseinrichtung-in-geesthacht/>
- **18. Mai:** Einigung zur Windenergie muss beschleunigten und verstärkten Ausbau Erneuerbarer Energien erwirken, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/einigung-zur-windenergie-muss-beschleunigten-und-verstaerkten-ausbau-erneuerbarer-energien-erwirken/>
- **18. Mai:** Telefonische Bürgersprechstunde, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/telefonische-buergersprechstunde/>
- **15. Mai:** Scheer: Bund stellt 500 Millionen Euro für digitalen Unterricht zur Verfügung, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-bund-stellt-500-millionen-euro-fuer-digitalen-unterricht-zur-verfuegung/>

- **15. Mai:** Breite Beteiligung an Online-Konferenz zur Endlager-Suche: Was passiert mit dem Atommüll?, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/breite-beteiligung-an-online-konferenz-zur-endlager-suche-was-passiert-mit-dem-atommuell/>
- **14. Mai:** Scheer fordert Koalitionspartner auf, umgehend Energiewende-Blockade zu stoppen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-fordert-koalitionspartner-auf-umgehend-energiewende-blockade-zu-stoppen/>
- **13. Mai:** SPD-Bundestagsabgeordnete Scheer erwartet von Landesregierung Klarstellung: Keine Abkehr von dezentraler Energiewende, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/spd-bundestagsabgeordnete-scheer-erwartet-von-landesregierung-klarstellung-keine-abkehr-von-dezentraler-energiewende/>
- **8. Mai:** Scheer zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Kürzungen sind der falsche Weg, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-zum-oeffentlich-rechtlichen-rundfunk-kuerzungen-sind-der-falsche-weg/>
- **8. Mai:** Online Austausch: Was passiert mit dem Atommüll?, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/online-austausch-was-passiert-mit-dem-atommuell/>

**Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)**

**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

nina.scheer@bundestag.de • [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)

**Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin**

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg**

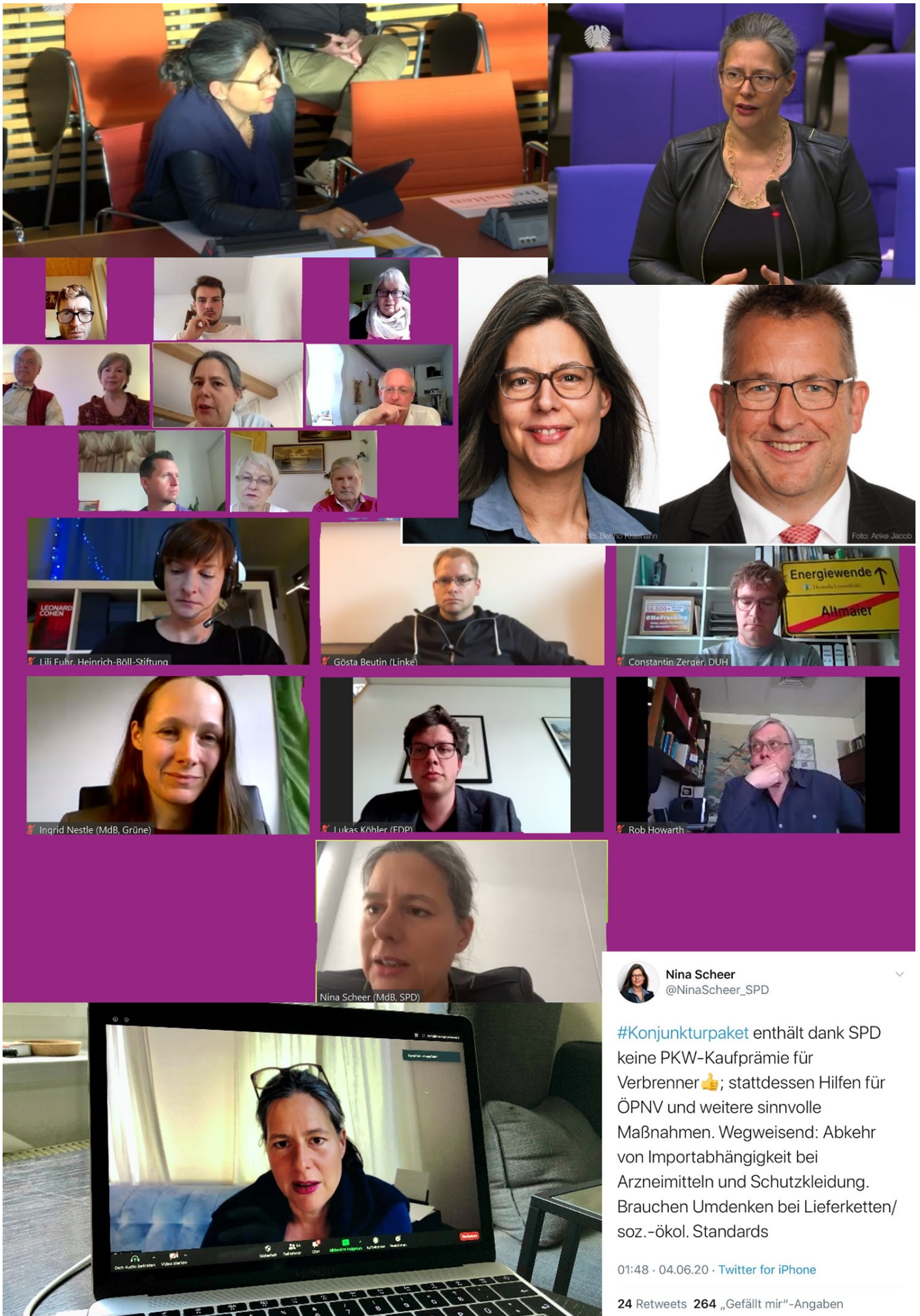
Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht**

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht





**Nina Scheer**  
@NinaScheer\_SPD

[#Konjunkturpaket](#) enthält dank SPD keine PKW-Kaufprämie für Verbrenner 👍; stattdessen Hilfen für ÖPNV und weitere sinnvolle Maßnahmen. Wegweisend: Abkehr von Importabhängigkeit bei Arzneimitteln und Schutzkleidung. Brauchen Umdenken bei Lieferketten/soz.-ökol. Standards

01:48 · 04.06.20 · [Twitter for iPhone](#)

24 Retweets 264 „Gefällt mir“-Angaben